

Was wird jetzt aus dem Cyberbunker?

Ein Holländer will im Traben-Trarbacher Cyberbunker Käse einlagern, ein Hamburger will ein verrücktes, unterirdisches Hotel eröffnen, der Stadtbürgermeister will, dass die Landeszentrale Cybercrime einzieht. Ja, was passiert denn jetzt mit der Immobilie?

VON KATHARINA DE MOS

TRABEN-TRARBACH Es gibt Immobilien, da kommen Menschen einfach ins Träumen. Ein Haus am See, eine Finca mit Fernblick, ein Landschlösschen mit Lustgarten, ein Bundeswehrbunker mit krimineller Vergangenheit.

Jedenfalls erreichen Traben-Trarbachs Stadtbürgermeister Patrice Langer immer wieder Anfragen von Menschen, die sich alles Mögliche für den fünf Stockwerke tiefen und mehr als 5500 Quadratmeter großen Schutzbau vorstellen könnten, der oberhalb des Moselstädtchens auf dem Mont Royal liegt, in den vergangenen Jahren für reichlich Schlagzeilen sorgte und demnächst wohl den Besitzer wechselt.

Noch gehört das 13 Hektar große Gelände mit seinen vielen Gebäuden dem niederländischen Boss einer frisch vom Landgericht Trier verurteilten Bande, die in dem Bunker ein illegales Rechenzentrum betrieb. Unterhalten werden die Gebäude derzeit noch von der Generalstaatsanwaltschaft, die die Immobilie bei einer Großrazzia im Jahr 2019 beschlagnahmt hatte. Wenn es nach dem Willen der Trierer Richter geht, dann fällt all das ans Land, sobald das Urteil rechtskräftig ist.

Und dann? „Ich habe Anfragen noch und nöcher“, sagt Stadtbürgermeister Langer. „Ein Holländer will da Käse einlagern, der andere will Pilze züchten, ein Hamburger Ho-

telier sagt: „Ich mach da ein unterirdisches Bunkerhotel draus.“ Letzteres könnte aus Langers Sicht sogar funktionieren. Auf „Knalltüten“ mit Pilzen und Holländer mit Käse hat er allerdings weniger Lust.

Sein Wunsch wäre ganz klar: eine Behörde. Das bringe Stabilität. Und Steuereinnahmen. Seit die Bundeswehr mit ihren 350 Mitarbeitern auszog, fehlten ihm im Haushalt jedes Jahr eine halbe Million Euro, klagt der Stadtchef, der auch einen sehr präzisen Wunsch hat, wer der neue Nutzer werden sollte: die Landeszentrale Cybercrime (die den Bunker ja nach vierjährigen Ermittlungen und einer Großrazzia schon ganz gut kennt). Eine Cybercrime-Behörde, das sei was für die Zukunft, findet der Bürgermeister. Die Polizeihochschule am Flughafen Hahn sei ganz in der Nähe. „Das ist optimal. Wir haben den Bunker, da stellen sie die Server auf, stöpseln ein und können arbeiten.“ Es sei ja auch ein Zeichen, wenn so eine eroberte Cybercrime-Zentrale später der Verbrechensbekämpfung diene. „Das ist mein Weihnachtswunsch“, sagt Langer. Doch wirklich beeinflussen kann er all das nicht. Denn die Entscheidung, wer in das ehemalige Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr einzieht, bei dem auch der Traben-Trarbacher Stadtbürgermeister jahrelang gearbeitet hat, trifft ja dann das Land. „Es gibt hier noch gar keine Ideen für das Gelände“, sagt Ann-Kathrin Tauber, Pressesprecherin des Finanzministeriums. Allerdings pressiert es auch nicht. Nach Rücksprache mit dem Trierer Landgericht rechnet sie nämlich damit, dass ein ganzes Jahr vergehen könnte, ehe das Urteil rechtskräftig wird. Verteidiger von Mitgliedern der Bunkerbande haben angekündigt, Revision gegen das Trierer Urteil einzulegen. Und die Generalstaatsanwaltschaft hat dies am Mittwoch bereits getan. Es ist daher nun sicher, dass der Bundesgerichtshof eine Entscheidung treffen muss, ehe in die ehemaligen Forschungsanstalt der Bundeswehr neues Leben einzieht.

Dieses Gelände oberhalb von Traben-Trarbach war bis 2019 das Reich des Mister X. Der Eingang zum fünfstöckigen Bunker ist links im Bild bei den Parkplätzen, die Bürogebäude rechts kaufte X mit.

FOTO: BERNHARD HELLER/FLUGSCHULE PORTAFUG



Bis dahin müssen sich die Ermittler weiter kümmern. „Leider“, sagt Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer, Chef der Landeszentrale Cybercrime. Denn das ist ganz schön teuer.

Allein für Strom und Heizöl musste seine Behörde seit 2019 rund 50.000 Euro zahlen, Personalkosten schlagen mit rund 30.000 Euro zu Buche und rund 15.000 Euro flossen in die Wartung von Heizung, Lüftung, Abwasseranlagen, Aufzügen und Schornsteinen oder die Reparatur vom Dach eines der beiden großen Verwaltungsgebäude, die sich auf dem Bunker Gelände befinden. Ein weiteres Jahr könnte also wieder teuer werden. Kosten, die allerdings die Angeklagten tragen müssen, wenn das Urteil rechtskräftig wird.

Genau wie Langer ist auch Brau-

er nicht für die Vermarktung zuständig. Dennoch erreichen ihn Anfragen von lokalen Betrieben ebenso wie von einer Landesbehörde. So berichtet der Generalstaatsanwalt, dass jemand vom LDI eine Führung über das Bunker Gelände bekommen habe. LDI? Was ist denn das?

Google zeigt an: Das ist der zentrale IT-Dienstleister des Landes, der ein eigenes Hochsicherheits-Rechenzentrum mit mehr als 3000 Serversystemen betreibt. Unter anderem für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung. Da wäre der Schutzbau doch optimal! Der Cyberbunker warb schließlich damit, Kundendaten nicht nur vor der Polizei zu schützen, sondern auch vor Erdbeben, Flugzeugabstürzen, Hurrikans und Atombombenangriffen. Sicherer geht ja gar nicht!

Die Neugierde hat die Immobilie tatsächlich geweckt. So bestätigt der Landesdienst Daten und Information (LDI) auf Anfrage unserer Zeitung, dass es besagte Besichtigung gab.

Allerdings ist das Interesse der Behörde seitdem erloschen. „Der Bunker entspricht überhaupt nicht den Standards für ein Rechenzentrum“, teilt das LDI mit. Die komplette Infrastruktur müsse überarbeitet werden. Diese Ertüchtigung sei unwirtschaftlich. „Aus unserer Sicht kommt er nicht in Frage.“

Eine Aussage, die Stadtbürgermeister Langer enttäuschen dürfte. Und was wird aus seinem Weihnachtswunsch? Wäre der berühmte Bunker denn nicht der passende Arbeitsort für Cybercrime-Spezialisten, Herr Dr. Brauer?

INFO

Viel mehr als nur ein Bunker

Das ehemalige Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr liegt auf 13 Hektar Fläche auf einem Höhenkamm über Traben-Trarbach. Von dort aus wurden der Truppe im Kalten Krieg Wetterberichte, Infos zur Flugsicherheit, Höhenkarten und Kartenmaterial zur Verfügung gestellt.

Herzstück ist der 5500 Quadratmeter große, fünf Stockwerke (25 Meter) tiefe Schutzbau aus den 1970er-Jahren. Verkauft wurde er laut Exposé mit Rechenzentrum, Werkstätten, Aufenthalts- und Sanitärräumen, Aufzügen, Kranschacht, vier Notstromaggregaten: Schiffsdieselmotoren mit vier 30.000-Liter-Tanks, Klima-, Trinkwasserversorgungs- und Dekontaminationsanlage sowie kompletter IT-Verkabelung. Zudem zählen zwei große Bürogebäude (1600 und 2600 Quadratmeter) samt Sanitär und Kantine, ein Wachhaus mit Hundezwinger, eine Poststelle und Garagen dazu. Trotz erster Warnungen verkaufte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben das Gelände 2013 für 450.000 Euro an eine niederländische Stiftung von Herman Johan X., der den Bunker zu einem Rechenzentrum ausbaute, das seine überwiegend kriminellen Kunden vor behördlicher Verfolgung schützte und die so begangenen Straftaten nach Ansicht des Trierer Landgerichts in Kauf nahm.

„Ich befürchte, der Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen – auch wenn ja bekanntlich an Weihnachten schon einmal Wunder geschehen“, antwortet der Generalstaatsanwalt. Tja, träumen kann man ja mal. Jedenfalls, wenn es um solche Immobilien geht. Vielleicht dann doch holländischer Käse?

Ackermann: Kirche braucht mehr als einen Missbrauchsbeauftragten

TRIER (dpa) Der Kampf gegen Missbrauch und Gewalt in der katholischen Kirche Deutschland muss nach Ansicht des Trierer Bischofs Stephan Ackermann auf eine größere Basis gestellt werden. „Ich meine, das müsste man breiter verankern“, sagte Ackermann, der seit 2010 Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Fragen des sexuellen Missbrauchs ist. „Ich bin bereit, weiter in dem Feld zu arbeiten“, sagte Ackermann der Deutschen Presse-Agentur. Diese Arbeit müsse aber „auf breitere Füße gestellt“ werden.

„Das Feld weitet sich immer weiter aus. Wir sprechen jetzt auch über geistlichen, nicht nur sexuellen Missbrauch“, sagte der Bischof. Es gehe um Frauen in Abhängigkeit und um unterschiedliche Gewaltformen: Diese könnten sexuell, physisch und psychologisch sein und auch subtile Formen haben. Die „stärkere Verankerung“ des Themas Missbrauch solle dazu führen, „dass es nicht nur einen Missbrauchsbeauftragten gibt“.

Deswegen habe die Vollversammlung der Bischofskonferenz im September in Fulda zugestimmt, „dass wir ein Konzept aufstellen, damit ich künftig nicht als der einzige für dieses Feld stehe. Das ist, meine ich, nach den Entwicklungen, die es in den letzten elf Jahren gab, auch nicht mehr angemessen.“ Die Bischofskonferenz habe ihn gebeten, ein Konzept für dieses breitere Herangehen an das Thema zu entwickeln.

Er denke an ein Gremium aus etwa sechs Fachleuten. In anderen Bischofskonferenzen gebe es



Der Trierer Bischof Stephan Ackermann. FOTO: DPA

„Boards“ oder Kommissionen, die sich dieses Themas annehmen. „Da sollten Bischöfe drin sein, aber eher mehrheitlich keine Bischöfe sitzen.“ Er wolle auch nicht den Vorsitz in diesem Gremium haben. Er wolle aber weiter mitarbeiten.

Laut eines Berichts des „Spiegel“ über Missbrauchsfälle im Bistum Trier mit dem Vorwurf der Verschleppung von Aufklärung hatte die Vereinigung der Missbrauchsopfer im Bistum Trier (Missbit) am Freitag unter anderem den Rücktritt von Ackermann sowie dessen Vorgängers, des jetzigen Kardinals Reinhard Marx, gefordert.

Er könne Wut, Frust und Enttäuschung verstehen, sagte Ackermann. Er sehe aber keinen Grund, zurückzutreten: „Wir sind wirklich seit Jahren daran, konsequent Aufarbeitung zu betreiben, individuell und jetzt auch institutionell“, sagte er.

„Ich bin überzeugt, dass wir nicht ein besonders schlimmes Beispiel dafür sind, wie man Aufarbeitung verschleppt, sondern dass wir das wirklich konsequent betreiben,

nach den festgelegten Kriterien.“

Es sei „nicht wegzudiskutieren“, dass man in der Vergangenheit vor allem auf die Reputation der Kirche gesetzt und Täter einfach an andere Orte versetzt habe. „Da sind Fehler gemacht worden, absolut“, sagte Ackermann. Zudem gebe es „in den letzten elf Jahren auch eine Lerngeschichte: Wir reagieren natürlich heute schneller und professioneller als noch vor zehn Jahren.“

In den meisten deutschen Diözesen seien in diesem Jahr unabhängige Kommissionen eingerichtet worden, die den Blick auf Versäumnisse der Institution Kirche richteten. Die Kommission in Trier bestehe aus sieben Mitgliedern, darunter Betroffene, eine Psychologin, ein Jurist und ein Historiker. Die Aufarbeitung soll sechs Jahre dauern – der erste Zwischenbericht werde im Laufe des Jahres 2022 vorliegen, teilte die Kommission mit. Das Gremium in Trier hat sich bisher fünfmal getroffen.

Die Kommission wolle als Grundlage der Aufarbeitung eine Studie in Auftrag geben, die – unter Berücksichtigung bisher vorliegender Erkenntnisse – eine erste Übersicht über das Ausmaß von Missbrauchsfällen im Bistum Trier ergeben soll, hieß es.

Seit 2010 haben sich 208 Betroffene beim Bistum gemeldet. Alle diese Fälle und Vorwürfe sowie mögliche weitere Hinweise seien Gegenstand der Beratung und Untersuchung. Drei Einzelfälle werden bereits einer näheren Betrachtung unterzogen und weiter untersucht, teilte der Sprecher der Kommission mit.

Ministerin Eder: „Naturschutz mit Energiewende versöhnen“

Im Frühling war die Grünen-Politikerin noch Dezerntin der Stadt Mainz. Dann rückte sie zur Staatssekretärin auf. Jetzt hat Eder die Leitung des Klimaschutzministeriums übernommen. Zum Start setzt sie neue Akzente.

MAINZ (Irs) Nach ihrer Vereidigung zur neuen Klimaschutzministerin von Rheinland-Pfalz hat sich Katrin Eder vorgenommen, Bedenken von Naturschützern gegen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auszuräumen. „Leider werden beide Themen immer wieder gegeneinander ausgespielt“, sagte die Grünen-Politikerin am Mittwoch mit Blick etwa auf Proteste gegen Windräder in Gebieten mit dem Rotmilan und anderen gefährdeten Vogelarten. „Naturschutz und Ausbau der erneuerbaren Energien im Gleichklang voranzubringen und miteinander zu versöhnen, sehe ich daher als die größte Herausforderung der nächsten Jahre“, erklärte Eder.

Artenschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien dürften kein Widerspruch sein, fügte die Ministerin hinzu. Sie kündigte die Gründung eines Kompetenzzentrums Artenschutz mit einer Vogelschutzkarte an. Außerdem wies sie auf neue Gespräche mit Vertretern von Naturschutzverbänden hin. Gemeinsam solle dabei nach Lösungen gesucht werden, wie das Ziel einer Verdoppelung der Windkraftleistung und einer Verdreifachung der Solarenergieproduktion auf naturverträglich-



Die neue Ministerin: Katrin Eder. FOTO: DPA

che Weise erreicht werden könne. Die 45-jährige Politikerin der Grünen wurde am Mittwoch im rheinland-pfälzischen Landtag als neue Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität vereidigt. Die erste Regierungsumbildung in der laufenden Wahlperiode wurde notwendig, weil die bisherige Ressortchefin Anne Spiegel als Bundesfamilienministerin nach Berlin gegangen ist. „Herzlichen Glückwunsch, jetzt sind Sie Staatsministerin“, sagte Landtagspräsident Hendrik Hering (SPD) nach der Bestätigung durch die Landtagsmehrheit von SPD, Grünen und FDP sowie der anschließenden Vereidigung. Nach dem Wechsel von Anne Spiegel sei „sehr schnell eine hervorragende Lösung gefunden worden“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Neuer Staatssekretär im Ministerium wird der bisherige Geschäftsführer der Energie-Agentur Rheinland-Pfalz, Michael Hauer (Grüne). Neue stellvertretende Ministerpräsidentin wird an Stelle Spiegels Familienministerin Katharina Binz (Grüne).

Cybercrime: Dicke Fische vorm Landgericht Trier

TRIER (Mos) Wer sich für Cyber-Verbrechen interessiert, wird zuletzt auffällig oft mit dem konfrontiert, was vor dem Trierer Landgericht passiert. Dort startet nach dem international beachteten Verfahren um den Traben-Trarbacher Cyberbunker diesen Donnerstag erneut ein Prozess von überregionaler Bedeutung.

Ein australisches Pärchen muss sich dafür verantworten, den illegalen Markt „DarkMarket“ betrieben zu haben – einen der weltweit größten illegalen Marktplätze, auf dem fast 2400 Verkäufer ihre eigenen Shops betrieben, über die sie an rund eine halbe Million Nutzer Drogen verkauften.

Wie so viele andere illegale Portale war dieser Markt bis 2019 im Cyberbunker an der Mosel gehostet. Nach der Großrazzia im Schutzbau war er zunächst offline, tauchte jedoch relativ bald wieder auf. Offenbar hatten die Täter auch andernorts noch Server mit einem Backup stehen.

Die Anklage wirft den Australiern vor, Beihilfe zum Handel mit Betäubungsmitteln geleistet zu haben. Da sie bei ihrer Festnahme im Januar an der dänischen Grenze neben einer großen Menge Drogen auch ein Butterfly-Messer bei sich hatten, werden sie auch beschuldigt, Betäubungsmittel und Waffen eingeführt zu haben.

Konkret beschuldigt werden sie der Beihilfe zu Taten, die in der Eifel begangen wurden. Denn dort agierte eine ebenfalls vorm Landgericht verurteilte Drogenbande, die ihre illegale Ware über den DarkMarket verkaufte. Das Gericht hat bis Ende Februar insgesamt zehn Verhandlungstage angesetzt.

Produktion dieser Seite:

Heribert Waschbüsch